

ARBEITSPROGRAMM für die Legislaturperiode 2016 / 2017

UNTERFINANZIERUNG STOPPEN! [Arbeitstitel]

In der Schule verbringen wir in jungen Jahren alle einen beträchtlichen Teil unseres Lebens – in zwölf Jahren Schulzeit rund 14.360 Schulstunden (der mittlere Wert der im jeweiligen Schuljahr mindestens zu erteilenden Schulstunden mal 40 Wochen; ein Jahr ohne Ferien)! Nur sieht die Schule gar nicht danach aus – nach „Leben“. Der Putz bröckelt von den Wänden des Klassenzimmers. Die Aula ist seit sechs Jahren wegen Einsturzgefahr gesperrt. Der Schultag ist lang und die SchülerInnen haben Hunger, aber die Schule hat keine Kantine und wenn doch, ist das Essen teuer. SchülerInnen aus der Oberstufe sitzen in ihren Freistunden auf den Fluren, weil es keinen Aufenthaltsraum gibt, einige jüngere halten sich in der Pause die Ohren zu, weil es so laut und kein Ort da ist, an den sie sich zurückziehen könnten. Während im Landtag darüber diskutiert wird, wie neue Medien in den Unterricht eingebunden werden können, blinzeln die SchülerInnen einer Schule zwei Straßen weiter in das grelle Licht des Overheadprojectors (wenn er denn eingeschaltet werden kann). Der Musik- und Physikunterricht muss schon wieder ein Halbjahr lang pausieren, weil die Schule einfach nicht genug LehrerInnen hat. 34 SchülerInnen sind in einer Klasse und für jede und jeden einzelnen hat die Lehrerin oder der Lehrer nur 30 Sekunden Zeit in einer Schulstunde - es soll selbstverständlich allen geholfen werden. Die Stellen der SchulsozialarbeiterInnen wurden abermals gekürzt, dabei war der Bedarf doch auch vorher noch lange nicht gedeckt. Die Probleme, welche durch die chronische Unterfinanzierung verursacht werden, begegnen vielen SchülerInnen täglich: zum Beispiel erheben Schulen ein halbjährliches Kopiergeld, weil die städtischen Etatzuweisungen völlig unzureichend sind. Eine noch krassere Situation ergibt sich, wenn SchülerInnen für die Toilettenbenutzung zur Kasse gebeten werden.

Der Wert der Bildung ist unermesslich: Darüber streiten braucht offenbar niemand mehr, es wissen alle bestens Bescheid – man sollte also meinen, für ein so hohes Gut würden keine Kosten und Mühen gescheut. Dass das nicht der Fall ist, erleben die allermeisten SchülerInnen täglich, und auch die Zahlen einer Umfrage des WDR unter Schuldirektoren in NRW bestätigt den Eindruck der SchülerInnen: 85 % der Schulen haben schwere bauliche Mängel, hiervon abgesehen fehlt das Geld auch für Essen während des Schulalltags, Stellen von LehrerInnen und SozialarbeiterInnen sind nicht ausreichend und die Ausstattung ist insbesondere an neuen Ganztagschulen miserabel und für lange Schultage völlig ungeeignet.

Manchmal rauft die Schule sich selbst zusammen und streicht die Klassenzimmer neu, macht einen Spendenlauf und renoviert die Toiletten, aber die Zuständigen in der Politik dürfen nicht im Geringsten von ihrer Verantwortung entbunden werden. Um die äußeren

Angelegenheiten der Schulen – also so gut wie alles, was nicht mit Lehrplänen und Personal zu tun hat – kümmern sich die Kommunen; jedoch sind deren Investitionen in NRW stetig gesunken: Wurden 2004 noch 21 % des Haushaltes in Bildung investiert, waren es 2014 gerade einmal 9 %. Die Kassen sind leer – bundesweit fehlen 31,7 Milliarden für Investitionen in Schulen und Erwachsenenbildung, Geld von Land und Bund muss her, die Kommunen müssen entlastet werden – und der Bildungsetat für sich muss auf allen Ebenen drastisch erhöht werden.

Letztendlich geht es darum, die Schule zu einem Ort zu machen, an dem sich alle, die sie regelmäßig besuchen, gerne aufhalten, an dem man nicht nur Tag für Tag sechs Stunden absitzt, denn natürlich hat auch die Lernumgebung erhebliche Rückwirkungen auf das Gefühl der SchülerInnen, auf ihre Stimmungslage, auf die Einstellung zum Lernen an sich und zu anderen Personen. Die Schule muss ein Ort sein, der alle Bedürfnisse, die ein Mensch hat, in vollem Umfang berücksichtigt.

Die Schule wirkt sich auch aktiv auf die Persönlichkeit und den Charakter des Individuums aus und ist in der Kindheit und Jugend eine wichtige Konstante im Leben eines Schülers bzw. einer Schülerin. Daher muss sie ein sicheres und angenehmes Umfeld bieten.

Des Weiteren hängen soziale Probleme wie z.B. Mobbing, die häufig in Schulen auftreten, auch stark mit der nicht ausreichenden Zahl an LehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen zusammen.

Das Schulsystem ist seit Jahrzehnten unterfinanziert.

Durch diese tragische Unterfinanzierung geraten Schulen häufig in die Abhängigkeit von Unternehmen. Dies geschieht zum Beispiel durch sogenannte Public Private Partnerships (PPP), bei denen Firmen Ressourcen bereitstellen und dafür die Bildung für ihre Zwecke instrumentalisieren.

Die Umsetzung der Inklusion scheitert zurzeit in allen Ebenen. Es fehlt nicht nur an barrierefreien Räumlichkeiten, sondern auch an sonderpädagogischem Fachpersonal und LehrerInnen, welche spezielle Schulungen für den Umgang mit Menschen mit Handicap durchlaufen haben.

Dabei dürfen die Ursachen der Bildungsökonomisierung und der Unterfinanzierung nicht außer Acht gelassen werden. Es muss besonders auf den Charakter der Schule als Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse hingewiesen werden: Eine profitorientierte und sozial gespaltene Gesellschaft bedingt eine marktorientierende und selektierende Schule. Eine Schule für alle benötigt eine Gesellschaft für alle!

Die LandesschülerInnenvertretung führt deshalb in der Legislatur 2016/2017 eine Kampagne durch, um auf die erheblichen Missstände aufmerksam zu machen, sie soll die Diskussion um die mangelhafte Bildungsfinanzierung mehr in den Fokus zu rücken, insbesondere die mediale Aufmerksamkeit rund um die Landtagswahlen soll genutzt werden, um die direkte Konfrontation mit den Verantwortlichen zu suchen und politische Veränderungen zu erwirken. Des Weiteren soll sie die SchülerInnen Nordrhein-Westfalens dazu ermutigen, ihre Stimmen für einen besseren Schulalltag zu erheben und für ihre Rechte einzutreten.

Die LandesschülerInnenvertretung NRW fordert:

- flächendeckende und nachhaltig höhere Investitionen in Schulen.
- die unbefristete Finanzierung der Schulsozialarbeit und dem tatsächlichen Bedarf entsprechend viele Stellen.
- die Beseitigung des (strukturell bedingten) Lehrermangels ("Kienbaum-Lücke").
- großangelegte Sanierungen und die Beseitigung baulicher Mängel auf Schulhöfen, in Turnhallen, Aulas und Schulgebäuden.
- kostenloses, gesundes Essen für alle, entsprechende Räumlichkeiten in der Schule und die Zeit hierfür im Stundenplan.
- die Modernisierung der im Unterricht verwendeten technischen Mittel.
- die (räumliche, architektonische) Anpassung der Schule auf den ganztägigen Schultag; eine Schule, die nicht nur Lern-, sondern Lebensort ist.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist folgendes im Rahmen der Kampagne durchzuführen:

Material - beispielsweise in Form von Flyern, Stickern und Plakaten - wird vom Landesvorstand bereitgestellt.

Der Landesvorstand soll eine Resolution zu den Themenschwerpunkten der Kampagne erarbeiten und diese der 118. LDK zur Abstimmung vorlegen.

Während der gesamten Legislatur soll mindestens einmal im Monat eine Stellungnahme zu einem in diesem Kontext relevanten Thema veröffentlicht werden.

Der Landesvorstand soll frühzeitig auf Gewerkschaften, Parteijugenden, Jugendverbände und andere Organisationen, sofern sie die Ziele unterstützen, zugehen, über die Kampagne informieren und möglicherweise Kooperationen mit diesen eingehen, mindestens aber alle zwei Monate per Mail über die Fortschritte berichten, sowie auch über die Mailinglist für Landesdelegierte und Interessierte. Auf der Webseite soll eine Liste mit den unterstützenden Organisationen veröffentlicht und laufend aktualisiert werden. Nach Möglichkeit sollen gemeinsame Aktionen und Treffen veranstaltet sowie Stellungnahmen veröffentlicht werden.

Auf einer Landesdelegiertenkonferenz soll in besonderem Maße auf die Kampagne und das Thema der Unterfinanzierung eingegangen werden.

Die BezirksschülerInnenvertretungen sollen dazu angehalten werden, nach Möglichkeit eine Bezirksdelegiertenkonferenz Anfang des Jahres 2017 zum Thema zu veranstalten, um die Diskussionen unter SchülerInnen darüber anzuregen. Weitere Aktionsideen sind: Podiumsdiskussionen, das Verteilen von Flyern vor Schulen und in Innenstädten, kleinere Kundgebungen und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen. Der Landesvorstand soll diese nicht selbst organisieren, steht aber beratend zur Seite.

Eine Demonstration wird möglichst unmittelbar vor den Landtagswahlen im Mai 2017 in Düsseldorf stattfinden. Sie soll nicht unbedingt das Ende der Kampagne, aber ihren absehbaren Höhepunkt markieren. Zu dieser wird landesweit mobilisiert: Die BezirksschülerInnenvertretungen sollen (mit Unterstützung des Landesvorstandes) die Basis

informieren, sprechen also SchülerInnenvertretungen und Schulen möglichst direkt an; sämtliche Organisationen, mit denen vorab schon Kontakt im Rahmen der Kampagne bestand, sowie weitere, die die Ziele unterstützen, sollen unbedingt frühzeitig in die Planung miteinbezogen werden, um die größtmögliche Reichweite zu erzielen.

BASISARBEIT

Vor allem die Basis ist ein Kern aller SV-Strukturen. Deswegen sollte die LSV NRW in der nächsten Legislaturperiode die Basis-Arbeit als Schwerpunkt setzen. Vor allem eine geringe Bekanntheit macht den SV-Strukturen zu schaffen. Mit diesem Thema soll sich durch folgende Methoden befasst werden:

- Neugründungen von BSVen initiieren:
 - Schulen in nicht aktiven Bezirken anschreiben (E-Mail oder eventuell den Dienstweg) um BSVen neu zu gründen. Dafür soll eine Checkliste zur BSV-Gründung (Gründungs-BDK) entwickelt werden und auf der Webseite veröffentlicht werden.
 - Kooperationspartner finden z.B. Stadtjugendringe.
- BSVen unterstützen:
 - Der LaVo soll auf allen BDKen (wenn nicht anders gewünscht) anwesend sein. Dabei soll die LSV als Institution den SVlerInnen vorgestellt werden. Außerdem soll eine Mitgestaltung und Unterstützung für die Vorbereitung und Durchführung der BDKen angeboten werden, auch kann der LaVo Tagespräsidien stellen.
 - Allen BSVen soll ein LaVoMi als PatIn zur Verfügung stehen. Dabei sollten geografische Gegebenheiten beachtet werden.
 - Es soll auf einer LDK ein Workshop mit dem Thema „How To Selber Basis“ gehalten werden.
 - Die zuständigen LaVoMi können LDK-Vorbereitungstreffen mit gestalten und unterstützen.
- SVen und BSVen durch Seminare und Workshops unterstützen:
 - Abwägen von Terminen. Seminare sollten als wichtiger als Veranstaltungen mit wenig bildungspolitischem Kontext gesehen werden.
 - Um den Bekanntheitsgrad der LSV NRW zu steigern, überlegt sich der Landesvorstand ein Konzept, um dies zu erreichen. Dies kann zum Beispiel durch eine Basistour, Infoabende und Workshops an Schulen geschehen.
 - Bestellformular für LSV-Material (für BDKen z.B. Sticker, Plakate) als Anhang zur LDK-Anmeldung um die BSVen mit mehr LSV-Material zu versorgen.
 - Der LaVo kann offene Treffen zu bildungsrelevanten Themen veranstalten, zu dem er SchülerInnen aus SVen und BSVen einlädt.
 - Der Landesvorstand soll in den letzten 2 Wochen der Sommerferien per E-Mail ein Schulstartset verschicken.

Bei der Basisarbeit soll ein besonderer Fokus auf unterrepräsentierte Schulformen gelegt werden.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die LandesschülerInnenvertretung NRW ist immer noch vielen SchülerInnen unbekannt. Deswegen muss durch Öffentlichkeitsarbeit eine größere Reichweite erzielt werden. Dabei sollen folgende Methoden verwendet werden:

- Alle öffentlichkeitswirksamen Aktionen sowie Veranstaltungen (Demos, Sitzungen, LDKen ...) sollen auf der Facebookseite, wenn möglich mit Foto gepostet werden.
- Sticker und Plakate sollen zur Landtagswahl entworfen und reichlich verbreitet werden.
- Der Landesvorstand soll unter der Prämisse, dass Landesdelegierte helfen, bei allen LDKen öffentlichkeitswirksame Aktionen in der Umgebung durchführen.
- Die LSV erstellt einen schülerInnenfreundlichen Flyer, in dem sie sich und ihre Arbeit vorstellt.

SCHÜLERINNENRECHTE

Die eigenen Rechte sind vielen SchülerInnen und SVen unbekannt. Um Ihnen hierüber Informationen zur Verfügung zu stellen, muss die LSV sich weiter intensiv mit diesem Thema beschäftigen:

- Einen Sticker oder ein Plakat entwerfen, um auf das auf das Recht zur Einsicht in die BASS hinzuweisen.
- SV- und SchülerInnenrechte sollen explizit per Formular auf der LSV-Homepage angefragt werden können.
- Der Landesvorstand soll z.B. durch eine Umfrage an SVen und BSVen fehlende Punkte im Schulrechts-ABC suchen und diese ergänzen. Außerdem soll bei allen Themen eine Quelle vorhanden sein.
- Das aktualisierte Schulrechts-ABC soll auch in die SR-App übernommen werden.
- Es soll vom Landesvorstand beim MSW eine kostenlose BASS oder ein Online-Zugang zur BASS für jede SV gefordert werden.
- SV-Rechte-App weiter bewerben.

INKLUSIVE GANZTAGSGESAMTSCHULE (IGGS)

Der LaVo muss...

... Teile des bisher erarbeiteten IGGS-Konzepts veröffentlichen.

... das bisher erarbeitete IGGS-Konzept stärker mit den SchülerInnen des Landes Nordrhein-Westfalen kommunizieren.

... das IGGS-Konzept weiter konkret ausarbeiten. Dabei sollen die BSVen stärker mit einbezogen werden.

Der LaVo soll...

... das IGGS-Konzept auch mit den VertreterInnen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung kommunizieren.

... sich von weiteren ExpertInnen zum IGGS-Konzept beraten lassen und die daraus hervorgehenden Ergebnisse in die Arbeit zur IGGS einfließen lassen.

Der LaVo kann...

... jede erreichbare Schule bzw. SchülerInnenvertretung NRW mit einem Anschreiben (Mail/Brief) über das IGGS-Konzept informieren und auf weitere Informationsquellen verweisen.

Die IGGS ist ein Konzept, das bisher nicht ausreichend mit den SchülerInnen des Landes und den zuständigen (Landes-)Institutionen kommuniziert wurde. Daher ist es unbedingt notwendig, dass insbesondere die SchülerInnen NRW über das Bestehen und den Inhalt des Konzepts zur IGGS informiert sind. Ohne die Information der Basis kann die LSV keine breite Unterstützung erwarten. Diese ist jedoch zur Legitimation unserer Arbeit notwendig und in vielen Punkten hilfreich.

MEDIENNUTZUNG

Die LSV soll...

... nach Bedarf eine Stellungnahme vom MSW fordern. Diese soll beinhalten, wie sich das MSV die Integration von Mediennutzung im Unterricht der Schulen vorstellt.

Die LSV kann...

... sich über den „Medienpass NRW“ informieren, und ihn ggf. auf einer LDK vorstellen.

SCHULSOZIALARBEIT

Der LaVo muss:

1. Eine Stellungnahme schreiben, in der gefordert wird, die Schulsozialarbeit auch nach 2017 zu finanzieren.

Die Stellungnahme soll enthalten:

- Die Forderung nach Erhalt der Schulsozialarbeit durch das Bildungs- und Teilhabepaket.
- Die Forderung nach langfristiger Finanzierung.
- Den Aspekt der Wichtigkeit für Schülerinnen und Schüler.
- Ein Konzept, aus dem das konkrete Aufgabenprofil von SchulsozialarbeiterInnen hervorgeht.

2. Einen Absatz für das Grundsatzprogramm schreiben

Der LaVo kann:

1. Einen Workshop zum Thema machen
Ziel des Workshops soll es sein, über die weitere Finanzierung zu diskutieren, Anregungen zu sammeln o.ä.

2. Ein Fact Sheet für SVen erstellen, indem es darum geht, wann SchülerInnen sich an SchulsozialarbeiterInnen wenden können.

RELIGION UND SCHULE

Die LSV NRW soll sich aktiv gegen die Benachteiligung der SVen an Privatschulen in kirchlicher Trägerschaft einsetzen, indem sie die BSVen dazu anregt mit diesen in Kontakt zu treten. Dabei soll sie sich für die Gleichsetzung verschiedener Religionen im Schulalltag sowie im Unterricht besonders an jenen Schulen engagieren. Die LSV NRW soll zu SV-Gremien von Privatschulen Kontakt aufnehmen und versuchen, diese in ihre Strukturen zu integrieren. Weiterhin soll sie sich verstärkt für die Einführung des flächendeckenden Philosophieunterrichts einsetzen und dies auch gegenüber der Landesregierung deutlich machen.

Der Landesvorstand muss sich daher aktiv dafür einsetzen, dass der SV-Erlass und der Rest der BASS auch in Privatschulen (in kirchlicher Trägerschaft) gilt.

Die Workshopreihe ‚Religion und Schule‘ soll vom Landesvorstand mit folgenden Schwerpunkten fortgesetzt werden:

- Die Inhalte von ‚Praktische Philosophie‘ sollen für das Grundsatzprogramm differenzierter ausgearbeitet werden.
- Es soll diskutiert werden, ob Religion als Privatsache zu verstehen ist, oder nicht.
- Die Frage, ob die Objektivität der Betrachtung der verschiedenen Religionen in konfessionellem Unterricht gegeben sein kann, soll thematisiert werden.
- Unter Betrachtung des Wissenschaftsbegriffs soll geprüft werden, ob Religion eine Wissenschaft ist, oder nicht.

MIGRATION UND GEFLÜCHTETE

In der aktuellen Flüchtlingssituation sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Viele Menschen sterben in ihrem Heimatland oder bei dem Versuch nach Europa zu gelangen. Andere müssen endlos lange in Auffanglagern oder in Camps vor geschlossenen Grenzen ausharren. Viele Flüchtlinge leben unter schwierigen Bedingungen in Flüchtlingsheimen.

Unter den Flüchtlingen befinden sich auch viele Schülerinnen und Schüler, bzw. Menschen im schulpflichtigen Alter.

Bei der Eingliederung dieser jungen Menschen in das deutsche Bildungssystem fehlen weiterhin etliche Ressourcen. Zudem wird, unter anderem durch rechte Bewegungen, der Hass gegen Flüchtlinge geschürt und es wird ihnen die Schuld für gesellschaftliche Probleme zugeschoben.

Diese Bedingungen, unter denen gerade SchülerInnen stark zu leiden haben, dürfen nicht länger so existieren. Deshalb gibt sich die LandesschülerInnenvertretung NRW folgende Arbeitsaufträge für die Legislatur 2016/2017:

- Die LSV NRW soll die Entwicklung eines Konzepts zur langfristigen Unterbringung und Unterrichtseinbindung geflüchteter SchülerInnen fordern.

- Des Weiteren soll die LSV NRW die Verwendung von Lehrständen (leer stehende Wohnungen) zur Unterbringung der Geflüchteten fordern.
- Die LSV NRW soll mehr Personal fordern, das die Schulen bei der Einbindung der Flüchtlinge unterstützt.
- Der Landesvorstand hält Kontakt zum Flüchtlingsrat und dem Landesintegrationsrat und besucht deren Sitzungen.
- Der Landesvorstand reagiert auf aktuelle Begebenheiten in der Flüchtlingspolitik.
- Es wird ein neuer Absatz im Grundsatzprogramm zum Thema Migration und Flüchtende verfasst. Hierfür können ehemalige APO-Texte als Vorlage dienen.
- Der Landesvorstand stellt Informationsmaterialien für SVen und BSVen bereit.

Der Landesvorstand setzt sich mit der Situation Geflüchteter, insbesondere der Situation von geflüchteten Minderjährigen in NRW auseinander und verfasst eine Stellungnahme zu diesem Thema.

Der Landesvorstand soll über erfolgreiche Projekte einzelner Schulen für und mit Internationalen Förderklassen bzw. Seiteneinsteigerklassen informieren.

Der Landesvorstand soll auf einer LDK einen Workshop zur schulischen Situation von Geflüchteten in NRW anbieten.

ANTIMILITARISMUS

(B)SVen sollen auf Schulbesuche und Aktionen der Bundeswehr aufmerksam gemacht werden.

Die LSV soll mit dem Bündnis "Schule ohne Bundeswehr" kooperieren und an deren Treffen teilnehmen und diese ggf. bei Aktionen unterstützen.

Auf einer LDK soll eine Resolution zur Bundeswehr auf Berufsmessen erarbeitet werden.

Der Landesvorstand soll eine Podiumsdiskussion organisieren, zu der zwei, nicht rhetorisch geschulte, ehemalige Soldaten mit Kampfeinsatzenerfahrung eingeladen werden.

Die LSV muss Kritik an der Werbekampagne der Bundeswehr äußern.

ANTIFASCHISMUS

Der Landesvorstand kann eine schulpolitische Stellungnahme zur Kandidatur der AfD bei den Landtagswahlen in NRW schreiben.

Der Landesvorstand kann auf aktuelle Entwicklungen in diesem Gebiet hinweisen.

Der Landesvorstand soll eine Stellungnahme zum "Tag der deutschen Zukunft" in Dortmund schreiben und unterstützt entsprechend die Gegenproteste.

Der LaVo soll mit dem Bündnis "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" zusammenarbeiten und Schulen bei der Umsetzung des Projektes unterstützen. Außerdem soll mit der Landeskoordination von SOR-SMC über die Möglichkeit der Vergrößerung des Landestreffens geredet werden

Der LaVo kann Gedenkstättenfahrten (zum Beispiel vom DGB und dem VVN-BdA) bewerben und soll auf Seminare zum Thema Antifaschismus aufmerksam machen.

Der Landesvorstand kann ein Faltblatt zum Thema Alltagsrassismus erstellen.

Der LaVo kann an der Gedenkveranstaltung in Stukenbrock (ggf. mit einem Grußwort) teilnehmen.

Der Landesvorstand muss einen Flyer zum Thema „Warum man Nazis als SV blöd finden darf“ herausgeben. Dafür verwendet er die Flyervorlage aus der letzten Legislatur.

ANTI-SEXISMUS / SEXUALPÄDAGOGIK

Die LSV NRW soll

1. nähere Aufklärung über „Sexting“ und die damit verbundenen Risiken im (Sexualkunde-)Unterricht fordern.
2. einen erhöhten Fokus auf die jetzige Lage des modernen Sexismus und die damit zusammenhängende Aufklärung von SchülerInnen legen.
3. weiterhin Kooperationen mit ‘SchLau NRW’, ‘Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie’ und anderen ähnlichen Organisationen pflegen.
4. nach einer Meinungsfindung auf der LDK zum sozialen Geschlecht die gefundene Meinung beim MSW einfordern.
5. weiter zu biologischem und sozialem Geschlecht arbeiten.
6. den Rucksack gegen sexuellen Missbrauch bewerben.
7. die BSVen dazu anregen, Aktionen in Schulen durchzuführen.
8. das in der letzten Legislaturperiode erstellte Fact-Sheet bewerben und verteilen.
9. eine Erhebung der Geschlechterverteilung der SchülerInnensprecherInnen durchführen.

POLITISCHE KOOPERATION UND INTERESSENVERTRETUNG

Um die Positionen der LSV NRW zu artikulieren, um auf Probleme im Alltag der SchülerInnen und Schüler hinzuweisen und um die Missstände des deutschen Bildungssystems deutlich aufzuzeigen, braucht die LSV NRW eine starke Stimme in der Öffentlichkeit und im Ministerium für Schule und Weiterbildung.

Der Landesvorstand soll sich deshalb regelmäßiger mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung, den Fraktionen im Landtag und deren Jugendorganisationen treffen.

Weiterhin muss der Landesvorstand sich aktiv um Treffen mit den bildungspolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen bemühen. Neben aktuellen Problemen soll er auch die Forderungen aus dem Grundsatzprogramm vortragen und diskutieren. Über diese Treffen muss ein Protokoll geführt und auf der Homepage veröffentlicht werden. Die LSV muss in allen bildungspolitischen Themen gehört werden und braucht deshalb einen dauerhaften, beratenden Sitz im Fachausschuss für Schule und Weiterbildung des Landtages. Die LSV NRW soll weiter eng mit dem Landesjugendring kooperieren, wie zum Beispiel beim „Bündnis für Freiräume“ oder bei der Planung des Landesjugendbeirates. Inhaltliche Schwerpunkte dafür können die Kritik an G8 oder die Forderungen des „Bündnis für Freiräume“ sein. Die LSV soll zudem die Konzeptionierung des Kinder- und Jugendbeirates in

NRW weiter vorantreiben, denn dieser stellt ein wichtiges Instrument dar, um Forderungen weiter artikulieren zu können.

Die LSV soll die BSVen auf die Möglichkeit eines beratenden Sitzes in schul- und jugendpolitischen Ausschüssen aufmerksam machen und unterstützend tätig sein.

Der Landesvorstand informiert über die gewerkschaftlichen Demonstrationen am 1. Mai und unterstützt diese.

Die schwierige Finanzierungssituation der BSVen in NRW stellt für den Landesvorstand einen Arbeitsschwerpunkt dar. Der Landesvorstand soll sich für eine deutliche Erhöhung und Ausweitung der finanziellen Unterstützung für die BSVen NRWs einsetzen, sowohl im Bereich der institutionellen Förderung als auch im Bereich der Projektförderung. Hierzu kann eine Stellungnahme verfasst und das Gespräch mit dem MSW gesucht werden. Des Weiteren soll dieses Thema auch im Rahmen der Kampagne zur Unterfinanzierung des Bildungssystems angesprochen werden. Darüber hinaus bleibt die Wahl der Mittel zur Erreichung dieser Ziele dem Landesvorstand überlassen.

STUDIEN- UND BERUFSORIENTIERUNG

Die LSV kann...

... mit „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) zusammenarbeiten.

... einen Workshop auf einer LDK abhalten, in dem die BSVen über KAoA informiert werden.

... sich über das Berufswahl SIEGEL informieren und sich dafür einsetzen, dass in den Jurys in NRW auch BSVen sitzen.

Die LSV soll...

... Studien und Berufsmessen besuchen.

... ggf. einen Stand mit Infomaterial zur Verfügung stellen.

... Messen besuchen und den Messeveranstaltern Feedback geben.

... Infomaterial zu Stipendien veröffentlichen.

LANDTAGSWAHL

Der LaVo soll Materialien (Sticker, Flyer, Grafiken für Facebook, etc.) erstellen, um SchülerInnen dazu bringen, sich mit den Landtagswahlen auseinanderzusetzen.

Der LaVo soll einen Fragebogen mit Punkten aus dem Grundsatzprogramm, anderen für SchülerInnen relevanten Themen aber auch privaten Fragen („Wie fanden Sie ihre Schulzeit?“ o.ä.) erarbeiten. Mit diesen Fragebögen sollen Interview-Videos mit SpitzenkandidatInnen und bildungspolitischen SprecherInnen der Parteien, welche nach Hochrechnungen nicht unter sonstiges fallen, gedreht werden. Aus diesen Videos soll ein Fazit gezogen und z.B. in einem Flyer die Ziele aller Parteien erläutert werden.

Der LaVo kann eine Stellungnahme zur Hochrechnung der Wahlergebnisse verfassen.

Der LaVo soll Informationsveranstaltungen bzw. Aktionen in den Regierungsbezirken anregen, unterstützen etc. Dies könnte z.B. in Form von Podiumsdiskussionen geschehen.

Der LaVo soll einen Jugendwahlstand betreuen.

INKLUSION

Inklusion ist ein Menschenrecht. Und Menschenrechte sind für alle da. Also auch für Dich. Inklusion bedeutet die Aufhebung jeglicher Form von Kategorisierung, dementsprechend müssen die individuellen Bedürfnisse und Förderschwerpunkte eines / einer jeden Lernenden berücksichtigt werden.

Der Landesvorstand soll...

- ... die Möglichmachung der Inklusion an allen Schulen in NRW fordern.
- ... ein Konzept für die Möglichmachung von Inklusion an Schulen erstellen.
- ... die bauliche und technische Umgestaltung an Schulen fordern.
- ... die Bereitstellung von Informationsmaterial fordern.
- ... mehr neue LehrerInnen und PädagogInnen zur Umsetzung von Inklusion fordern.
- ... eine stärkere Gewichtung der Individuellen Förderung über die gesamte Schullaufbahn fordern.
- ... sämtliche Veranstaltungen der LSV für Menschen mit Förderschwerpunkten zugänglich machen, d.h. (Gebärden-)DolmetscherInnen, barrierefreie Veranstaltungsorte sowie bei Bedarf entsprechende Betreuung. Um dies umzusetzen, muss der Landesvorstand vom Land eine Finanzierungsmöglichkeit einfordern.
- ... Schulen mit bereits bestehender Inklusion besuchen, um so Erfolge/Misserfolge genauer betrachten zu können.
- ... sich intensiv mit Förderschulkonzepten auseinandersetzen, um so mit den Landesdelegierten eine klare Meinung zu diesem Thema hervorbringen zu können.
- ... Informationsmaterial, das die verschiedenen Förderschwerpunkte verständlich macht, für die SuS zu Verfügung stellen und diese zur Verbreitung an die BSVen weitergeben.
- ... für eine LDK einen Workshop zur Überarbeitung des Abschnitts „Inklusion“ im Grundsatzprogramm anbieten.

GLOBALE NACHHALTIGKEITZIELE

Der Landesvorstand soll sich in der Legislatur 2016/2017 mit den Sustainable Development Goals (Global Goals), den globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, auseinandersetzen und das Thema soll in die Arbeit der LSV mit einfließen. Hierzu soll:

- der Landesvorstand eine Resolution erarbeiten, welche der 118. LDK zur Abstimmung vorgelegt wird.
- auf der 118. LDK ein Workshop stattfinden, welcher sich mit der Thematik befasst und einen Abschnitt für das Grundsatzprogramm erarbeitet.
- die Programmatik der Global Goals auf einer LDK vorgestellt werden.
- den SVen und BSVen Informationsmaterial zur Verfügung gestellt werden.

LEICHTE SPRACHE

Der Landesvorstand muss das Grundsatzprogramm der LSV NRW in leichter Sprache verfassen und veröffentlichen, nachdem es einer LDK zur Abstimmung vorgelegt wurde.